

Briefing 2019: die Westsahara und MINURSO

Zusammenfassung

1. UN-Sonderbeauftragter Horst Köhler machte Fortschritte und brachte die Konfliktparteien nach sechs Jahren erstmals wieder an den Verhandlungstisch.
2. Dennoch bleibt das Recht des sahraischen Volkes auf Selbstbestimmung nicht umgesetzt. Die Sahrauis sind Gewalt durch den marokkanischen Staat ausgesetzt, wenn sie dieses Recht öffentlich äußern. Dies geschieht trotz der Anwesenheit der MINURSO, die das Mandat hat, ein Referendum zur Selbstbestimmung durchzuführen und den Frieden zu sichern.
3. Die sahraischen Aktivisten der Gdeim Izik-Gruppe befinden sich in Hungerstreik. Sie sind nach ungerechten Prozessen zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Köhlers Besuch in der besetzten Westsahara war Anlass für friedliche Demonstrationen von Sahrauis, die mit Gewalt durch die marokkanischen Sicherheitskräfte niedergeschlagen wurden. Bis heute hat die MINURSO kein Mandat, die Einhaltung der Menschenrechte in dem Gebiet zu überwachen.

Empfehlungen an den UN Sicherheitsrat

Sofort

1. Unterstützen Sie nachdrücklich die Bemühungen des UN-Sonderbeauftragten, Horst Köhler, um aus der Sackgasse herauszukommen.
2. Gewähren Sie der MINURSO das legale Mandat, in den Gebieten, die von Marokko und der Frente Polisario kontrolliert werden, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen und zu dokumentieren. Dieses Organ muss seine Erkenntnisse direkt dem UN-Sicherheitsrat vorlegen und bis zur Abhaltung des Referendums permanent anwesend sein.
3. Überlegen Sie, wie MINURSO die Einhaltung des Völkerrechts im Hinblick auf die illegale Ausbeutung der Ressourcen der Westsahara durch Marokko unterstützen könnte.
4. Bauen Sie auf die wichtige Anerkennung des Rechts des sahraischen Volkes auf Kontrolle seiner natürlichen Ressourcen durch Gerichtshöfe weltweit. Fordern Sie auf dieser Basis ein Ende der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Westsahara durch Verträge, die die Interessen und Wünsche des sahraischen Volkes missachten.

So schnell wie möglich

1. Setzen Sie ein Datum fest für ein freies und faires Referendum in der Westsahara mit der Option für Unabhängigkeit auf dem Stimmzettel, dies in Übereinstimmung mit der etablierten internationalen Rechtsnorm für Selbstbestimmung.

Entwickeln Sie einen soliden Plan zur Durchsetzung eines Referendums unter Berufung auf das Kapitel VII der UN-Charta, sofern einer der Parteien nicht die Entscheidung der abstimmenden Sahrauis respektieren sollte.

Politischer Prozess

Horst Köhler, der persönliche Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für die Westsahara, hat einigen Erfolg erzielt. Im Dezember 2018 organisierte er ein erstes Treffen am Runden Tisch mit den Konfliktparteien Marokko und Frente Polisario, sowie Algerien und Mauretanien. Konfliktspezialisten der Internationalen Krisengruppe haben dies als Zeichen einer ‚Lösungsoption‘ des Konflikts identifiziert.

Es gibt weiterhin Zeichen von wachsendem Interesse der USA, den Konflikt zu lösen, wobei der nationale Sicherheitsberater John Bolton sich verdient gemacht hat, die Parteien an den Tisch zu bringen. Bolton äußerte Frustration darüber, dass die MINURSO nicht das Mandat umsetzen konnte, das Referendum zur Selbstbestimmung des Gebietes durchzuführen. „Als Amerikaner bevorzuge ich abzustimmen“.¹

Obwohl die Selbstbestimmung ein fundamentaler Bestandteil des MINURSO Mandats ist, besteht Marokko darauf, keine Abstimmung zuzulassen, die eine Unabhängigkeit als Option nennt. Und das, obwohl marokkanische Minister regelmäßig erklären, dass viele Sahrauis marokkanische Herrschaft bevorzugen. Wie wir in der Vergangenheit detailliert dargelegt haben und erneut in diesem Briefing unterstreichen, ist es für die in der besetzten Westsahara lebenden Sahrauis Realität, dass sie Repressionen, Menschenrechtsverletzungen und ökonomischer Benachteiligung ausgesetzt sind. Es ist an der Zeit, dass die UN die MINURSO befähigt, gegen marokkanische Einschüchterungen vorzugehen.

Menschenrechte und die Lösung des Konflikts

Die ständigen Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara durch marokkanische Sicherheitskräfte sind nicht nur inakzeptabel, sie betreffen auch die MINURSO und die Arbeit der Vereinten Nationen in der Westsahara. Dadurch, dass sie bei Sahrauis Misstrauen gegenüber Marokko vertiefen und ein ständiges Klima der Angst und Gewalt schaffen, behindern sie eine friedliche Lösung des Konflikts.

Darum ist es dringend erforderlich, dass die MINURSO nicht nur ein Mandat zur Überwachung der Menschenrechtssituation auf dem Territorium innehat, sondern auch zum „Schutz der Bevölkerung“. In unserer Empfehlung unterstreichen wir erneut die Notwendigkeit eines gesetzlichen Auftrags für die MINURSO zur Überwachung der Menschenrechte in der Westsahara.

Menschenrechte

Während wir dies schreiben, befinden sich viele der inhaftierten sahrauischen Aktivisten der Gdeim Izik Gruppe im Hungerstreik. Sie protestieren gegen ihre Haft, ihre inhumane Behandlung in der man sie hält und dagegen, dass sie auf diverse Gefängnisse in ganz Marokko verteilt sind, hunderte von Kilometern von ihren Familien entfernt. Derzeit gibt es Hungerstreiks in folgenden Gefängnissen: Quneitra, Tiflet 2, Ait Mellul 2 and Bouzkarn.

Im vergangenen Jahr haben wir die unfaire Durchführung ihrer Berufungsprozesse gegen ihre Verurteilungen detailliert beschrieben. Sie sind Aktivisten, die 2010 verhaftet wurden, am dem Morgen, als die marokkanischen Sicherheitskräfte das Protestlager Gdeim Izik Sahraui mit Gewalt zerstörten. Sie wurden anschließend zu langen Gefängnisstrafen in unfairen Prozessen verurteilt. Und viele von ihnen befinden sich jetzt fast bereits seit einer Dekade in marokkanischen Gefängnissen.

Internationale Menschenrechtsorganisationen verurteilten die brutale Gewalt, mit der friedliche sahrauische Demonstrationen anlässlich des Besuches von Horst Köhler in der besetzten Westsahara im Juni 2018 abgebrochen wurden. Amnesty International und Human Rights Watch, dokumentierten beide diese Gewalt, und dass es trotz des Einspruchs von Sahrauis nicht zu einer Untersuchung des Verhaltens der Sicherheitskräfte kam.ⁱⁱ

Amnesty führte desweiteren eine "intensive Überwachung" auf, der sahrauische Menschenrechtsaktivisten ausgesetzt sind, sowie dass international Menschenrechtsanwälte von Marokko beim Versuch ausgewiesen wurden, sahrauische politische Gefangene zu besuchen.ⁱⁱⁱ

Natürliche Ressourcen

Im Februar 2019 hat das europäische Parlament einem neuen Fischereiabkommen der EU mit Marokko zugestimmt, das so konzipiert wurde, dass es die illegale Ausbeutung der Fischgründe der Westsahara zulässt. Der EU-Gerichtshof hat bereits fünf Klagen über die Rolle der Westsahara im Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko verhandelt. Das wahrscheinliche Ergebnis der Nichtbeachtung der bisherigen Urteile sind weitere Gerichtsverfahren, die von internationalen Solidaritätsgruppen initiiert werden.

Tage vor der Abstimmung haben 98 sahrauische Organisationen einen offenen Brief an das Europäische Parlament unterzeichnet, in dem sie eindringlich forderten, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Der Brief:

- weiß darauf hin, dass der Europäische Gerichtshof zweimal urteilte, dass jegliche internationale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen der Westsahara illegal ist ohne die vorherige Zustimmung des sahrauischen Volkes;

- führt auf, dass ein "nachhaltiges Fischerei-Partnerschafts-Abkommenkeine Partnerschaft ist" da das Volk der Westsahara hierzu in keinster Weise konsultiert wurde.

Die EU ist sich selbst sehr bewusst, dass sie marokkanisch kontrollierten Handel in der Westsahara unterstützt. 2017 besuchten offizielle Vertreter der Europäischen Kommission das Gebiet, um technische Kontrollen bei marokkanischen Exporteuren durchzuführen. Marokkos Investitionen in erneuerbare Energien nehmen in der Westsahara ebenfalls zu, wobei ein erheblicher Teil von deren Gewinnen an Unternehmen der marokkanischen Königsfamilie geht.

Es ist klar, dass ökonomische Entwicklung, besonders im Bereich von sauberer und erneuerbarer Energie durchaus positiv zu bewerten ist, aber nicht auf Kosten der Rechte des sahrauischen Volkes. Eine Ökonomie, betrieben durch eine profitierende militärische Besatzung wird nicht zu einem langfristigen Wohlstand und Wohlergehen führen. Stattdessen wird es die Ungleichheit in der Westsahara vergrößern und die Lösung des Konflikts noch schwieriger machen.

Schlussfolgerungen

Unkontrollierte marokkanische Machtausübung - die sich in Gewalt gegen Zivilisten manifestiert, und die illegale Ausbeutung der Ressourcen der Westsahara - bringt Instabilität in das Gebiet. Besonders die ständige Verweigerung des Rechts des sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung erzeugt Spannungen, Frustration und, mit den Worten des EU-Generalstaatsanwaltes, eine „illegale Situation“.

Die politischen Gdeim Izik Gefangenen sind derzeit im Hungerstreik um gegen ihre unfairen Gefängnisstrafen durch Marokko und die inhumanen Haftbedingungen zu protestieren. Unbewaffnete sahrauische Zivilisten riskieren der Gewalt des marokkanischen Staates ausgesetzt zu sein, wenn sie öffentlich das Selbstbestimmungsrecht einfordern. Währenddessen sind friedenssichernde Truppen der UN in der Westsahara stationiert und beauftragt, das Referendum der Selbstbestimmung zu organisieren. Zum Eingreifen sind sie aber nicht berechtigt.

Diese Situation ist unhaltbar. Die MINURSO muss das Mandat zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte bekommen.

Die UN muss Maßnahmen ergreifen, um Vertrauen bei den Menschen in der Region aufzubauen, besonders bei den Sahrauis, dass Gesetze und Menschenrechte zukünftig in der Westsahara eingehalten werden. Ohne dieses neu geschaffene Vertrauen bleiben erneute Konflikte eine Gefahr - mit Vertrauen kann eine friedliche Lösung möglich werden.

Unsere Empfehlungen am Anfang dieses Briefings benennen konkrete Schritte, die der UN-Sicherheitsrat übernehmen könnte und sollte.

Das Western Sahara Action Forum wsaforum.org

Das Western Sahara Action Forum (WSAF) ist eine internationale Organisation zur Interessenvertretung, die sich auf die Westsahara konzentriert. WSAF setzt sich dafür ein, dass die Vereinten Nationen (UN) ihren rechtlichen und moralischen Verpflichtungen nachkommen, damit die dortige UN-Mission, MINURSO, ein freies und faires Referendum in der Westsahara organisieren und durchführen kann. In Zusammenarbeit mit einer Reihe von Regierungen, NGOs, Gewerkschaften und Menschenrechtsverteidigern organisiert das WSAF internationale Kampagnen und Lobbyarbeit und stellt Informationen und Ressourcen für Aktivist*innen und politische Entscheidungsträger*innen auf der ganzen Welt zur Verfügung.

ⁱ Nicholas Niarchos, New Yorker magazine, December 2018: “Is one of Africa’s oldest conflicts finally nearing its end?”
<https://www.newyorker.com/news/news-desk/is-one-of-africas-oldest-conflicts-finally-nearing-its-end>

ⁱⁱ Human Rights Watch World Report 2019 – Morocco/Western Sahara <https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/morocco/western-sahara>

ⁱⁱⁱ Amnesty International “UN must monitor human rights in Western Sahara and Saharawi refugee camps”
<https://www.amnesty.org/en/documents/mde29/9225/2018/en/>